Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

vcr. 14	Ansgegeven Vanzig, den 20. Februar 195	O
Tag	F n h a l t	ite
13, 2, 1936	Berordnung begüglich Abanberung ber Verordnung betreffend Anglieberung bes Verficherungs amt es bes Preijes Gr. Werder an bas Gemeinsame Versicherungsamt ber Stadt Dingig vom 18. 12. 1935	99
20. 2. 1936	VI. Berordnung gur Abanderung ber dritten Rechtsverordnung über bie Gentung von Binfen	99
20. 2. 1936	Berordnung über Aenderung ber Berordnung zur Aenderung einiger Bestimmungen bes Strafgeset; buches vom 29. August 1935 usw	
20. 2, 1936	Rechtsverordnung über die Aufhebung ber Rechtsverordnung zur Bahrung des Ansehens nationaler Berbände vom 10. Oktober 1933	
20. 2. 1936	Rechtsverordnung zur Abänderung der Rechtsverordnung betr. Magnahmen zur Erhöhung der öffent-	
20. 2. 1936		
20. 2. 1936	kleibung vom 4. April 1934	
the local parties of the local		NAME OF TAXABLE

34

Verordnung

bezüglich Abanderung ber Berordnung betreffend Angliederung bes Bersicherungsamtes des Kreises Gr. Werder an das Gemeinsame Bersicherungsamt der Stadt Danzig vom 18. Dezember 1935. Bom 13. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Nr. 11 und 40 in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. VI. S. 273) wird nachstehendes mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1

Die Verordnung betreffend Angliederung des Bersicherungsamtes des Kreises Gr. Werder an das Gemeinsame Versicherungsamt der Stadt Danzig vom 18. Dezember 1935 (G. VI. S. 1183) wird wie folgt geändert:

In § 1 Zeile 4 wird die Jahl "44" ersett durch die Jahl "56".

§ 2

Die Verordnung tritt rüdwirkend vom 1. Januar 1936 in Kraft. Danzig, den 13. Februar 1936.

Der Senat ber Freien Stadt Dangig

Suth Dr. Klud

35

VI. Berordnung

zur Abanderung der dritten Rechtsverordnung über die Sentung von Zinsen vom 22. September 1933. Bom 20. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Ziff. 61 und des § 2 des Gesehes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Geseheskraft verordnet:

Artifell

Die britte Rechtsverordnung über die Senkung von Zinsen vom 22. September 1933 (G.BI. S. 441) in der Fassung der Verordnung vom 28. Oktober 1933, 21. Dezember 1933 (G.BI. S. 512 und 626), 9. März 1934, 24. April 1934 und 26. November 1934 (G.BI. S. 165, 279 und 770) wird dahin abgeändert:

In § 15 Abs. 1 werden die Worte "1. Oktober 1936" ersett durch "1. Oktober 1938".

Artifel II

Die Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1936 in Kraft. Danzig, den 20. Februar 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greiser Rettelskn

36

Berordnung

über Anderung der Berordnung zur Anderung einiger Bestimmungen des Strasgeselbuches vom 29. August 1935 (G. Bl. S. 903) und der Berordnung zur Abänderung von Borschriften des Strasversahrens und des Gerichtsversassungsgeselses vom 29. August 1935 (G. Bl. S. 907), sowie über Aushebung der Allgemeinen Berfügung betr. Mitteilungen in Strassachen vom 29. August 1935 (G. Bl. S. 912).

Bom 20. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Ziffer 9 und 28 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Bolt und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird mit Gesetzestraft folgendes verordnet:

Artitel I

- 1. Der Artikel I der Verordnung zur Anderung einiger Bestimmungen des Strafgesehbuchs vom 29. August 1935 (G. Bl. S. 903) wird aufgehoben.
- 2. Die §§ 2 und 2 a des Strafgesethuchs erhalten folgende mit ihrem früheren Wortlaut übereinstimmende Fassung:

,,§ 2

Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.

Bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu der Aburteilung ist das mildeste Gesetz anzuwenden.

§ 2a

über Maßregeln der Sicherheit und Besserung ist nach dem Gesetz zu entscheiden, das zur Zeit der Entscheidung gilt."

Die Berordnung betreffend Angliederung Helsfitzumgedl

Die Artikel I Ziffer 1 der Verordnung zur Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 29. August 1935 (G. Vl. S. 907) wird aufgehoben.

Artitel III

Die Allgemeine Verfügung betreffend Mitteilungen in Strafsachen vom 29. August 1935 (G. VI. S. 912) wird aufgehoben.

Artifel IV

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Danzig, den 20. Februar 1936.

> Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Suth Dr. Wiercinski=Reiser

37

Rechtsverordnung

über die Aufhebung der Rechtsverordnung zur Wahrung des Ansehens nationaler Berbände vom 10. Ottober 1933 (G. Bl. S. 502). Bom 20. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Ziffer 9 und 28 und des § 2 des Gesehes zur Behebung der Not von Bolt und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesehestraft verordnet:

Artitel I

Die Rechtsverordnung zur Wahrung des Ansehens nationaler Berbände vom 10. Oktober 1933 (G. Bl. S. 502) in der Fassung der Berordnungen vom 6. März 1934 (G. Bl. S. 132), vom 28. Fesbruar 1934 (G. Bl. S. 67) und vom 30. November 1935 (G. Bl. S. 1121) wird aufgehoben.

and lade tramming my a school of Artifel II

Diese Rechtsverordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 20. Februar 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greifer Suth Dr. Wiercinsti-Reifer

38

Rechtsverordnung

jur Abämberung ber Rechtsverordnung betr. Magnahmen zur Erhöhung ber öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 30. 6. 1933 (G. Bl. S. 287).

Bom 20. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Biffer 9 und 32, sowie des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Bolt und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesethesfraft verordnet:

Line perfonische Drudfchrift, die unter I letitru Berlegers den Beziehern einer verbolenen

Die Rechtsverordnung betr. Magnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 30. 6. 1933 (G. Bl. S. 287), abgeändert durch die Verordnungen vom 6. 9. 1933 (G. Bl. S. 421), pom 28. 2. 1934 (G. Bl. S. 67) und 30. 11. 1935 (G. Bl. S. 1121) erhält in Artifel II Abschnitt I folgende Fassung:

viend I onic malmodiffracionisme sog som "Druckschriften

anuchilmenters & recommender of the state of

Die Vorschriften des Gesehes über die Presse vom 7. Mai 1874 (R. G. Bl. S. 65) über die Beichlagnahme von Drudidriften ohne richterliche Anordnung (§ 23 ff. des Gesehes) finden auf die in ben §§ 81-86, 93 a-c, 106 a, 110, 110 a, 129 a, 130 und 131 des Strafgesethuchs bezeichneten strafbaren Sandlungen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß bes Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirfung gufteht, Deifigen, Bei gene der eine ein ordentliches Richten Beitgen und generalten generalten Beitgen andere bis Weighioteng gwiroffichteraut aber be gen Aerwaltungsbienft beliten

- (1) Der verantwortliche Schriftleiter und der Berleger einer periodischen Druckschrift sind verpflichtet, auf Berlangen des Senats amtliche Entgegnungen auf die in der periodischen Druckschrift mitgeteilten Tatsachen ober amtliche Rundgebungen ohne Einschaltung ober Weglassung unentgeltlich aufzunehmen.
- (2) Der Abdruck hat unverzüglich, bei Tageszeitungen spätestens in der nach Eingang der Rundgebung ober Entgegnung nächstfolgenden, für den Drud nicht bereits abgeschlossen Nummer, zu erfolgen. Eine Stellungnahme zu einer Kundgebung oder Entgegnung ist in der gleichen Rummer unzuläffig.
 - (3) Die Borschriften über die Art und Weise des Abdrucks der Auflagenachrichten erläkt der Genat.

E. & veriodice Drudicrift herausgibt, verlegt, brudt

Drudschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährben, tönnen polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

Zuständig sind die Kreispolizeibehörden.

and the control of the control of Mentalen aber mil 10 geldtrafe his 111 500 O wird beltraft, wer ben Bur-

- - 1. wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81-86, 93 a-c, 106 a, 110, 110 a, 129 a, 130, 131 St. G. B. bezeichneten Sandlungen begründet wird,
- 2. wenn ihr Inhalt die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet,
- 3. wenn in ihnen zu einem Generalftreit ober zu einem Streit in lebenswichtigen Betrieben aufgefordert oder angereizt wird,
- 4. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden. Welche Beamten zu den leitenden Beamten gehören, bestimmt der Senat durch Bekanntmachung im Staatsanzeiger,
 - 5. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Berehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht merben.

- 6. wenn in ihnen leitende Staatsmänner anderer Staaten in solcher Form beschimpft oder bös= willig verächtlich gemacht werden, daß dadurch die Beziehungen der Freien Stadt zu den betreffenden Staaten beeinträchtigt werden können,
- 7. wenn die Vorschriften des § 2 oder den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften zuwider gehandelt wird.
- (2) Ein auf Grund des Absates 1 erlassenes Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag ersscheinenden Kopfblätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersat anzusehen ist.
- (3) Die Dauer des Berbots darf bei Tageszeitungen die Dauer von 6 Monaten, im anderen Fällen von einem Jahr, nicht überschreiten.
- (4) Zuständig für das Verbot sind die Kreispolizeibehörden des Erscheinungsortes, bei auswärts erscheinenden der Polizeipräsident zu Danzig. Das Verbot gilt für das ganze Staatsgebiet.

\$ 5

Eine periodische Druckschrift, die unter Duldung des Berlegers den Beziehern einer verbotenen Druckschrift als deren Ersatzur Abwendung der Folgen des Berbots zugestellt wird, kann für die in § 4 Abs. 3 bestimmte Dauer verboten werden.

Zuständig ist die Stelle, die das erste Verbot angeordnet hat.

8 6

- (1) Gegen die Maßnahmen der Areispolizeibehörden oder des Polizeipräsidenten in Danzig aus §§ 3, 4 und 5 ist binnen einer Frist von einer Woche von der Zustellung oder Veröffentlichung die Beschwerde gegeben. Die Beschwerde ist bei der Behörde anzubringen, die die anzusechtende Entsicheidung erlassen hat. Sie hat keine ausschiedende Wirkung.
 - (2) Über die Beschwerde entscheidet, sofern ihr nicht abgeholfen wird, das Pressegericht endgültig.
- (3) Das Pressegricht besteht aus dem jeweiligen Vorsikenden der Kammer für Verwaltungsangelegenheiten beim Landgericht als Vorsikenden und 2 vom Senat auf die Dauer von 3 Jahren ernannten ehrenamtlichen Beisikern, von denen der eine ein ordentliches Richteramt bekleiden, der andere die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst besitzen muß.
- (4) Die Entscheidung erfolgt im Beschlußverfahren nach den für die Kammer für Verwaltungsangelegenheiten geltenden Vorschriften.
- (5) Die Entscheidung soll innerhalb zweier Wochen nach Einlegung der Beschwerde ergeben.

§ 7

Im Auslande hergestellte Druckschriften, die dem Zwecke politischer Propaganda dienen und die nicht periodisch erscheinende Druckschriften sind, dürsen in das Gebiet der Freien Stadt Danzig nur mit Erlaubnis der vom Senat zu bestimmenden Stelle eingeführt werden. Gegen die Versagung der Erlaubnis ist innerhalb einer Woche die Beschwerde an den Senat gegeben. Die Beschwerde hat keine aufschiedende Wirkung. Die Entscheidung des Senats ist endgültig.

§ 8

Wer eine auf Grund der §§ 4 oder 5 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 9

Mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 500 G wird bestraft, wer den Vorsschriften der §§ 2 oder 7 zuwider handelt.

§ 10

- (1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig Druckschriften politischen Inhaltes herstellt, verbreitet oder zum Iwede der Verbreitung vorrätig hält, auf denen zur Verheimlichung des Ursprungs die in den §§ 6 und 7 des Reichsgesetzs über die Presse vom 7. Mai 1874 vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlicher Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unsvollständig oder unleserlich sind, wird soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strase bedroht ist mit Gefängnis dis zu 3 Monaten und mit Geldstrase dis zu 500 Goder mit einer dieser Strasen bestraft. Die Strase ist Gefängnis dis zu einem Iahre, wenn durch die Druckschrift
 - a) ein Vergehen gegen § 8 dieser Verordnung oder
- b) eine nach §§ 110, 110 a, 111 ober 324 a des Strafgesethuches strafbare Aufforderung oder Anreizung begründet wird.

(2) Gegenstände, die zur Begehung eines nach diesen Vorschriften strafbaren Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, sind einzuziehen ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Auf die Einziehung ist selbständig zu erkennen, wenn die Verfolgung einer bestimmten Verson nicht durführsbar ist.

§ 10 a did 95 38 THE 1 9 250

Zur Berbreitung bestimmte Schriften, deren Vervielfältigung in anderer Weise als durch Druckslegung erfolgt, gelten im Sinne dieser Verordnung als Druckschriften."

Artifel II 1919 and and obligately und manadig

Diese Berordnung tritt mit ihrer Berfündung in Kraft.

Danzig, den 20. Februar 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Suth Dr. Wiercinsti=Reiser

Rechtsberordnung

3ur Anderung der Rechtsverordnung betr. das Tragen einheitlicher Sonderkleidung vom 4. April 1934 (G. Bl. S. 221), abgeändert durch Rechtsverordnung vom 30. November 1935 (G. Bl. S. 1121). Vom 20. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Ziffer 9 und § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Inni 1933 (G. Bl. S. 273) wird mit Gesetzeskraft folgendes verordnet:

Auf das Alandrecht finden diet Abdul lotitru fied auf Este Bellige auf Die Abgerliche

Die Rechtsverordnung betreffend das Tragen einheitlicher Sonderkleidung vom 4. April 1934 (G. Bl. S. 221) mit der Abänderung durch die Rechtsverordnung vom 30. November 1935 (G. Bl. S. 1121) erhält folgende Fassung:

§ 1

Das Tragen einer einheitlichen Sonderkleidung, die die Zugehörigkeit zu einem Verband oder zu einem Verein zum Ausdruck bringt, ist außerhalb geschlossener Räume nur mit Genehmigung des Polizeipräsidenten zu Danzig zulässig.

Als Sonderkleidung im Sinne dieser Vorschrift gelten auch einheitliche Ausrüstungsgegenstände und Kopfbededungen.

Die Genehmigung kann von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden. Sie darf nur versagt werden, wenn ihre Erteilung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Folge haben würde.

Gegen die Bersagung der Genehmigung steht dem betroffenen Verband oder Verein binnen einer Ausschlußfrist von 2 Wochen nach Zustellung der Entscheidung die Beschwerde an den Senat zu.

8 2

Einer Genehmigung nach § 1 bedarf es nicht zum Tragen einer Kleidung, die hergebrachter Weise bei Sportverbänden und studentischen Korporationen üblich ist.

' insbelondere nach & 305 ber Birlprozehordnugeggeltend gemacht worden ift.

Zuwiderhandlungen gegen den § 1 dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1000,— Gulden bestraft.

Zwangsvervalfungsverfahren ben im \$ 10 ALP &

Wer die Uniform, einen Ausrüstungsgegenstand oder ein Abzeichen eines Verbandes oder Vereins, der die Erlaubnis zum Tragen einer einheitlichen Sonderkleidung besitt (§ 1), in Besit hat oder trägt, ohne Mitglied des Verbandes oder Vereins zu sein, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bestraft.

Artitel II diesid and ind

Diese Rechtsverordnung tritt mit ihrer Berkündung in Araft.

Danzig, ben 20. Februar 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Suth Dr. Wiercinsti-Reiser

de ofe) Gegenstehten bie zur Begebrunt und vor ber Erichriften fratbaren Bergebens gebrichen

zur Sicherung ber Frühjahrsbüngung und Saatgutverforgung für bas Wirtschaftsjahr 1936. Vom 20. Februar 1936.

Auf Grund des § 1 Biff. 68, 89 und des § 2 des Gesethes gur Behebung der Not von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird mit Gesetzestraft folgendes verordnet:

tegung erfolgt, gelten im Einnie vieler Berorbnung gle Drudidriften.

Wegen der Ansprüche aus der Lieferung von Düngemitteln sowie von Saatgut, welches gur Saat besonders zugerichtet ist, von anerkanntem Driginalsaatgut und anerkannten Absaaten, welche von dem Eigentümer, Eigenbesitzer, Rutmießer oder Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke im Rahmen der bisherigen Wirtschaftsweise in der für derartige Geschäfte üblichen Art für das Erntejahr 1936 zur Steigerung des Ernteertrages beschafft und verwendet werden, hat der Gläubiger ein gesetzliches Pfandrecht an den im Erntejahr 1936 anfallenden Früchten der zum Betrieb gehörenden Grundstüde, auch wenn die Früchte noch nicht von dem Grundstüd getrennt worden sind. Das Bfandrecht erstreckt sich nicht auf die der Pfändung nicht unterworfenen Früchte.

Die Borichrift des Abs. 1 gilt auch für Ansprüche aus Darleben, die von dem Eigentümer, Eigenbesiter, Rutnießer ober Bachter zur Bezahlung dieser Lieferungen sowie von Arbeiten zur Pflege der Saaten und Einbringung der Ernte sowie zur Bezahlung von Futtermitteln in der für derartige Geschäfte üblichen Art aufgenommen werden.

\$ 2 hand and (872 . 3 384. 0) 8881 hand borning

Auf das Pfandrecht finden die Borschriften der §§ 560, 561 Abs. 2, § 562 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung.

Das Pfandrecht geht allen an den Früchten bestehenden dinglichen Rechte im Range vor.

Sind mehrere Gläubiger ber in § 1 bezeichneten Art vorhanden, so haben deren Ansprüche untereinander gleichen Rang.

einer einheitlichen Convertieft gn, die die Jugehörigteit gu einem Berband jober

Sowohl der Pfandgläubiger wie der Schuldner kann nach Beginn der Ernte jederzeit, auch vor Fälligkeit der Forderung, verlangen, daß aus den dem Pfandrecht unterliegenden Früchten eine Menge, die zur Sicherung der Forderung ausreicht, ausgeschieden, als dem Pfandrecht unterliegend tenntlich gemacht und gesondert aufbewahrt wird. Geschieht dies, so beschränkt sich das Pfandrecht auf diese Menge; § 560 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung.

Die Zwangsvollstredung wegen des dem Pfandgläubiger nach Abs. 1 Sak 1 guftebenden Anspruchs geschieht im Wege ber Pfändung eines zur Sicherung der Forderung ausreichenden Teils der dem Pfandrecht unterliegenden Früchte. Der Anspruch tann auch im Verfahren auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung geltend gemacht werden; der Glaubhaftmachung einer Gefährdung im Sinne des § 935 der Zivilprozefordnung bedarf es nicht.

eisell isthatelbergenge gad genehmigung bei berget es nick gum Erogen einer Aterbaute bergeblachter Musik

Das Pfandrecht erlijcht mit dem Ablauf des 31. März 1937, wenn es nicht vorher gerichtlich, insbesondere nach § 805 der Zivilprozehordnung geltend gemacht worden ist.

Another bandinger gegen ben § 1 biefer 5 gorbining normen mit Weldnumen bis du B. Bronaten

Die in dem § 1 bezeichneten Ansprüche haben in einem fünftigen Zwangsversteigerungs= ober Zwangsverwaltungsverfahren den im § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Zwangsversteigerungsgesetzes bezeichneten Rang. adreit eine fiedligellt nie rode dunifnegengenuffürzull genis

Das Borrecht des Abs. 1 erlischt, wenn die Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung nicht bis zum 31. März 1937 beantragt wird. Ist innerhalb dieser Frist die Zwangsverwaltung beantragt, so besteht das Vorrecht in der Zwangsversteigerung nur, wenn die Zwangsverwaltung bis jum Zuschlag fortdauert. Sat der Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundstücks gemäß § 1 der Berordnung jur Regelung ber landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. September 1933 (G. Bl. S. 444) in der Fassung der Berordnung vom 30. Juni 1934 (G. Bl. S. 499) den Antrag auf Einleitung des Entschuldungsverfahrens gestellt, so erlischt das Borrecht des Abs. 1 frühestens dann, wenn der Gläubiger die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung des Grundstücks nicht binnen drei Monaten nach Beendigung des Entschuldungsverfahrens beantragt.

Die in § 4 Jiff. 3 und 4 der Berordnung zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. 9. 1933 (G. Bl. S. 444) in der Fassung der Berordnung vom 30. Iuni 1934 (G. Bl. S. 499) vorgesehenen Beschränkungen der Zwangsvollstreckung stehen der Zwangsvollstreckung wegen der in §§ 1 und 3 bezeichneten Ansprücke in die dem Pfandrecht unterliegenden Früchte nicht entgegen.

Bei einem Erbhof unterliegt die Vollstreckung wegen der in §§ 1 und 3 bezeichneten Ansprüche nicht den aus § 39 Abs. 2 bis 4 in Verbindung mit § 62 der Erbhofverordnung vom 15. Mai 1935 (G. Bl. S. 653) sich ergebenden Beschränkungen.

\$ 7

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000,— Gulden wird bestraft, wer in der Absicht, sich der Erfüllung der in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Verpflichtungen zu entziehen, Früchte beiseite schafft.

Der Bersuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf den Antrag eines der im § 1 bezeichneten Gläubiger ein. Der Antrag kann zurückgenommen werden.

\$ 8

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Februar 1936 in Kraft. Danzig, den 20. Februar 1936.

> Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Rettelsky

Auf bas Pfanbrecht finden die affahrtigte der Schiffer del Abl. 2, 4 562 des Bürgerlichen

Salvare der Franklichen wie der Gentürter dem nach verzunt der Ernte jederzeit, and vor Bällereit der Verzeit verschen eine Wenge. Die Verzeit von Geleicht des Verzeit unberliegenden unberliegend fenntlich unwahrt und velendert aufdemehrt wird. Geleicht dies, so beschränft sich das Piandrecht auf diese Weise von Geleicht dies, so beschränft sich das Piandrecht auf diese Weise ver gestellichen Geleicht dies deine Anwendung

Die Iwangskallitetaung wegen des dem Pfandglarlitger nach Abi. 1 Sak 1 gestebenden Anformuch geschieft im Wege der Möndung eines dur Siderung der Forderung absressen Aells der dem Bisndrecht naturiegenden Früchte. Der Anspruch fann auch im Versahren auf Eriah einer einstweisigen Berfügung gestend gemacht werden; der Glaudhaftmachung einer Geschitzung im Sinne der Frührtrag im Sinne der Frührtrag im Sinne der Frührtrag in Sinne der Frührtrag im Sinne der F

9 3

Das Mandreckt erlijdt mit dem Ablauf des 31. Maig 1937, wenn es nicht vorher gerichtlich, ueserfondere und § 205 der Jivilprozehorbnung geltend gemacht worden ist.

2 2

Die in dem § 1 dezeichneten Antprücke baben in einem tünftigen Iwangsversteigerungs oder Intongsverwaftungsverfahren den im § 10 Abf. 1 Mr. 1 des Iwangsversteigerungsgeleher bezeich neben Nang.

Das Borrecht des Abl, a wellicht wenn die Zwangsverwaltung oder Jwangsverwaltung viole bie som II. Mörg 1937 beweitigt wedt. Off inverhalb dieser Frijk die Zwangsverwaltung von frank in besteht des Borrecht in der Imangsversteigerung nur, wenn die Iwangsverwaltung die zum Zwicklag forfdavert. Hat der Eigentumer eines fandwirtickeitlichen Grundstücks gemäß § 1 der Verordnung von Ableiten Schuldverhäldnisse von 22, September 1933 (G. M. S. 444) in der Fossung der Verordnung vom 30. Juni 1934 (G. St. S. 499) den Antrag auf Gintellung der Gründsburgsverfahrens gestellt, is ertischt das Vorrecht des Erundstücks nicht kinnen denn der Giändiger die Iwangsversteilgerung der Iwangsverwaltung des Grundstücks nicht kinnen.